

Die Öffentliche gibt Tipps, wie man sich in der aktuellen Situation am besten absichern kann:

Fallstricke und Risiken beim Homeoffice



Neben vielen Vorteilen hat Homeoffice auch Nachteile.

Foto: Öffentliche

Braunschweig. Seit knapp einem Jahr ist das Homeoffice für die meisten Arbeitnehmer keine Ausnahme mehr, sondern Alltag. Das Arbeiten in den eigenen vier Wänden ermöglicht neue Freiheiten – es gibt aber auch einige Risiken, die Angestellte nicht unterschätzen sollten, warnt die Öffentliche Versicherung Braunschweig. Das Homeoffice schafft Freiräume und Flexibilität. Angestellte können so leichter nach ihrem Biorhythmus arbeiten und zugleich den Spagat zwischen Familie, Beruf und Freizeit besser meistern. Gleich mehrere Studien zeigen: Im Homeoffice arbeiten die Mitarbeiter sogar mehr und effektiver. Die aktuelle Homeoffice-Welle offenbart aber auch einige Risiken.

Einsamkeit und Überlastung Neben der gewonnenen Flexibilität kann das Arbeiten im Homeoffice auch belasten. Oft fehlt den Angestellten das soziale Miteinander. Weil Gespräche und Meetings nur per Telefon und über Videokonferenzen erfolgen können, bleiben sie meist auf berufliche Anliegen beschränkt – für den Austausch auf persönlicher Ebene bleibt kaum mehr Raum. Die Folge kann Einsamkeit sein, die sich schnell auch in Depressionen äußern kann. Man sollte deshalb immer versuchen, Gesprächen am Telefon oder im digitalen Raum Bedeutung zuzuschreiben und persönliche Themen regelmäßig in den Arbeitsalltag einfließen zu lassen, rät die Öffentliche. Andere können sich kaum noch von der Arbeit losreißen oder füh-

len sich mit ihren Aufgaben allein gelassen und überfordert. Auch dies kann sich negativ auf die seelische Gesundheit auswirken. „Psychische Beeinträchtigungen sind nicht zu unterschätzen. Mittlerweile sind sie weitaus häufiger der Auslöser für eine anhaltende Berufsunfähigkeit als körperliche Beschwerden“, sagt Matthias Libke, Vorsorge-Experte bei der Öffentlichen.

Schäden an der Arbeitsausrüstung Das berufliche Leben hat sich weitestgehend von den Büros in die Wohnungen verlagert. In den eigenen vier Wänden, in denen auch der Familienalltag mit Kindern stattfindet, kann aber schon eine kleine Unaufmerksamkeit dafür sorgen, dass die Arbeitsausrüstung Schaden nimmt: Das Firmenhandy fällt aus der Hand oder der Arbeitslaptop wird vom Küchentisch gestoßen. Doch wer zahlt in so einem Fall? Die gute Nachricht: In den meisten Fällen haftet, wie im Büro, der Arbeitgeber und muss für den entstandenen Schaden aufkommen.

Cyberkriminalität Das Arbeiten von Zuhause bietet zugleich eine breite Angriffsfläche für Cyberkriminalität. Insbesondere dort, wo die Grenzen zwischen beruflicher und privater Nutzung verschwimmen. „Cyberkriminelle kennen die Schwachstellen genau und nutzen die neue Normalität der Arbeit rücksichtslos aus“, sagt Rafael Schulz, Experte für Sach- und Unfallversicherungen bei der

Öffentlichen. Wenn sich Mitarbeiter beispielsweise von ihrem privaten Gerät ins Firmennetzwerk einwählen, sind die Sicherheitslücken meist größer. Auch Updates müssen im Homeoffice oft in Eigenverantwortung installiert werden. Falls nun auch noch private Mails geöffnet und bearbeitet werden, haben Cyberkriminelle leichtes Spiel. Denn viele Angriffe werden in Phishing-Mails getarnt, die der aktuellen Situation angepasst sind. Besonders verbreitet ist die „Fake President“-Masche, auch „CEO-Fraud“ genannt. „Bei dieser Methode geben sich die Betrüger als Führungspersonen des Unternehmens aus und versuchen Mitarbeiter durch das Ausnutzen ihrer Autorität aufzufordern, sensible Daten herauszugeben oder Geld auf die Konten der Betrüger zu überweisen“, erklärt Rafael Schulz. Auch bei der Arbeit in den eigenen vier Wänden ist also Vorsicht geboten.

Unfälle im Homeoffice Wer sich während der Arbeit zuhause verletzt, ist auch im Homeoffice gesetzlich unfallversichert. Die gesetzliche Unfallversicherung greift aber nur, wenn die Verletzung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Arbeit entstanden ist. Der Gang zur Toilette oder Kaffeemaschine zählte in den vergangenen Jahren nicht mehr dazu. Die Grenzen sind jedoch fließend und durch die zuständigen Stellen noch nicht abschließend geklärt. „Wenn Sie häufiger von Zuhause aus arbeiten, lohnt es sich daher über eine private Unfallversicherung nachzudenken“, rät Rafael Schulz. Diese schützt bei allen Unfällen, die im privaten und beruflichen Leben passieren. Für einen optimalen Schutz im Homeoffice ist letztendlich die individuelle Lebenssituation des Arbeitnehmers entscheidend. Daher ist es immer am besten, bei allen Veränderungen – und somit auch bei der Verlegung des Arbeitsplatzes – mit einem Experten zu sprechen, dem man bei der Absicherung für sich selbst und seine Familie vertraut, rät die Öffentliche.

Weitere Informationen über die Öffentliche gibt es unter www.oef-foertliche.de.

DRK-Präsidium rügt sein Verhalten und fordert ihn auf, seine Ämter ruhen zu lassen:

A. Ring ließ sich gemeinsam mit DRK-Rettungsmitarbeitern gegen Corona impfen

Wolfenbüttel. Nun ist es also auch in Wolfenbüttel passiert! Andreas Ring, Vorstand des DRK-Kreisverbandes Wolfenbüttel, hat sich gegen Corona impfen lassen, obwohl er noch gar nicht an der Reihe war. Dieses Verhalten sorgt allgemein für Empörung. In seiner Funktion als Geschäftsführer des DRK-Rettungsdienstes habe sich Ring gemeinsam mit jedem Rettungsmitarbeiter impfen lassen, die regelmäßig in direktem Kontakt mit an Covid Erkrankten stünden.

Auch das Präsidium des DRK-Kreisverbandes rügte das Verhalten von Andreas Ring und forderte ihn auf, all seine Ämter beim DRK bis zur vollständigen Klärung des Sachverhaltes ruhen zu lassen. Dieser Aufforderung kam Ring nach. Das Präsidium des DRK-Kreisverbandes Wolfenbüttel hat in seiner Sitzung am Freitag über diese Angelegenheit beraten. „Wir halten dieses Verhalten von Andreas Ring für falsch und rügen es ausdrücklich“, berichtete Präsidiumssprecher Horst Kiehne anschließend.

„Nach unserer ersten Auffassung haben die Voraussetzungen für eine Impfung des Geschäftsführers nicht vorgelegen.“ Das Präsidium werde nun umge-

hend damit beginnen, die Hintergründe der Impfung aufzuklären.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion, ob er zu Unrecht eine vorzeitige Corona-Impfung erhalten habe, gab Andreas Ring folgende persönliche Erklärung ab:



Andreas Ring, Vorstand des DRK-Kreisverbandes Wolfenbüttel



Horst Kiehne, Präsidiumssprecher des DRK-Kreisverbandes Wolfenbüttel

„Einem regelmäßigen Kontakt zu Covid-Patienten bin ich nicht ausgesetzt. Aus dem derzeitigen Pandemieverlauf ist ein derzeitiger Kontakt absehbar auch nicht ge-

geben. Mein Fehler war, dass ich aus der Verordnung Absatz 2 diese Voraussetzung nicht entnommen und sie offensichtlich fehlinterpretiert habe.

Gegen den Vorwurf, mir eine Impfdosis erschlichen zu haben, muss ich mich allerdings in aller Form verwehren. Wenn es meine

seiner Mitarbeiter, Piloten von Christoph 30, sowie den Mitarbeitern des Impfzentrums impfen lassen.

Mit dem heutigen Kenntnisstand wäre fraglos eine rechtliche Prüfung vor meiner Impfung angezeigt gewesen. Dieser Prüfung werde ich mich auch im Nachhinein nicht entziehen. Den möglichen Schaden für das Rote Kreuz und die allzu leichtfertige Entscheidung vor dem Hintergrund des Mangels an Impfstoffen, bedaure ich außerordentlich.

Nach intensiven Beratungen mit dem Präsidium des DRK-Kreisverbandes bin ich daher zu der Entscheidung gelangt, mein Amt als Geschäftsführer des DRK-Rettungsdienstes und als Vorstand im DRK-Kreisverband bis zur endgültigen Klärung des Sachverhaltes mit sofortiger Wirkung ruhen zu lassen.

Wichtig ist mir außerdem der Hinweis, dass weder Freunde/Angehörige von mir, Verwaltungsmitarbeiter, Führungskräfte des DRK außerhalb der DRK-Rettungsdienst gGmbH, Mitglieder des Präsidiums oder weitere Personen im Umfeld des DRK zur Impfung angemeldet wurden oder diese erhalten haben.“

„Friedensgipfel“ in Wolfenbüttel zum Thema ASSE 2 brachte überraschendes Ergebnis:

Standort des Zwischenlagers soll nun doch in den nächsten Wochen geprüft werden

Wolfenbüttel. In Sachen Asse II schien schon alles klar zu sein – nun gibt das Umweltministerium doch nach und ist bereit, den Standort für den Atommüll aus der Asse prüfen zu lassen.

Am Freitagnachmittag fand ein „Friedensgipfel“ im hiesigen Kreishaus statt, das unerwartet ein konkretes Ergebnis mit sich brachte: Es wird geprüft, ob das Zwischenlager nach der Bergung des Atommülls aus der Asse direkt neben dem maroden alten

Bergwerk in Remlingen entstehen soll oder nicht.

Der öffentliche Druck war groß und die Situation festgefahren. Die Asse-2-Begleitgruppe hatte aus Protest ihre Arbeit ruhen lassen. Deshalb hatte das Bundesumweltministerium am Freitag zu diesem Gespräch gebeten.

Jochen Flasar, Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium, kam extra aus Berlin nach

Wolfenbüttel. Der Niedersächsische Umweltminister Olaf Lies kam aus Hannover; auch die

Chefs der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Stefan Studt und Thomas Lautsch, waren anwesend, um mit einem klaren Kreis von Vertretern der Asse-2-Begleitgruppe mit Landrätin Christiana Steinbrügge an der Spitze zu sprechen.

Dabei kam nun also heraus, dass die Standortentscheidung für das Zwischenlager geprüft wird. Dabei spiele das Ministerium von

Olaf Lies als Genehmigungsbehörde eine Art Vermittlerrolle.

In den nächsten drei Wochen soll das Landesumweltministerium einen Kreis von Experten der BGE, Wissenschaftlern, die den Asse-Initiativen nahesteht, sowie noch zu findenden externen Gutachtern zusammenstellen. Sie sollen prüfen, ob die Entscheidung richtig ist, das Zwischenlager direkt am Bergwerk in der Asse entstehen zu lassen oder nicht.

LINKE: Corona-Hilfe massiv ausweiten

Kurzarbeitergeld soll auf mindestens 1.200 Euro steigen



Victor Perli, MdB für DIE LINKE im Foto: privat

Region/Berlin. Arbeitnehmer in Kurzarbeit sollen mindestens 1.200 Euro monatlich erhalten. Das hat DIE LINKE im Bundestag beantragt. Sie unterstützt damit eine Forderung der Gewerkschaften ver.di und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) für ein branchenunabhängiges Mindest-

kurzarbeitergeld in dieser Höhe. Beschäftigte mit geringen Einkommen sollen auf diese Weise besser vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie geschützt werden. „Für sie kann die Corona-Krise schnell zur Existenzkrise werden. Das kann und muss die Politik verhindern“, so der für unsere Region zuständige Bundestagsabgeordnete Victor Perli (DIE LINKE). Generell sollte das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent des Netto-Gehalts angehoben werden. Deutschland bilde mit zunächst 60 bzw. 67 Prozent Kurzarbeitergeld eher das Rücklicht im europäischen Vergleich.

„Vor allem das Gastgewerbe, das die Bereiche Beherbergung und Gastronomie umfasst, ist in besonderer Weise vom Lockdown betroffen. Die Gehälter der Beschäftigten waren hier schon vor der Pandemie ausgesprochen niedrig. Der mittlere Lohn für Vollzeitbeschäftigte liegt bei

nur 2.036 Euro brutto. Bei einem hundertprozentigen Arbeitsausfall ergibt sich daraus ein Kurzarbeitergeld von 900 Euro“, rechnet Perli vor. Um bei voller Kurzarbeit über 1.000 Euro zu bekommen, müssten Beschäftigte mindestens 2.450 Euro brutto verdienen. Von einem Mindestkurzarbeitergeld würden auch Beschäftigte in Dienstleistungs- und Pflegeberufen profitieren.

„Das Kurzarbeitergeld muss endlich an die Realität der Beschäftigten angepasst werden. Es darf nicht sein, dass Menschen mit geringen Einkommen durch weitere Lohnausfälle für die Krise zahlen müssen und dann in Existenznöte geraten. Die Corona-bedingten Schulden müssen durch eine einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre beglichen werden. Alle Statistiken zeigen, dass sie ihre Vermögen trotz der Krise vergrößert haben“, so Perli abschließend.

SPD-Kreistagsfraktion geht digital in Klausur

SPD macht aus der Not eine Tugend

Landkreis. Traditionell begibt sich die SPD-Fraktion für ihre Haushaltsklausur in den Oberharz - das war dieses Jahr aus Grund der aktuellen Situation unmöglich. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht und einen ganzen Tag lang per Videokonferenz getagt. „Der enge und ausgiebige Austausch wurde für die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion in einer digitalen Klausurtagung möglich“, berichtet Fraktionsvorsitzender Falk Hensel.

Zu beratende Themen gab es viele: der Entwurf des Kreishaushalts 2021, die aktuellen Umlaufbeschlüsse sowie die Themen des hybrid tagenden Betriebsausschusses der Wirtschaftsbetriebe. Zusätzlich wurden die Eckpunkte für das Kommunalwahlprogramm 2021 erarbeitet. „Und alle haben engagiert mitgezogen!“ freut sich Falk Hensel.

In Anwesenheit von Landrätin Christiana Steinbrügge stellten Kreisrat Heiko Beddig die Haushaltsdaten des Kreishaushalts 2021 vor und erläuterten den Fraktionsmitgliedern ergänzend den Stellenplan sowie die Überlegungen zum Haushaltskonsolidierungskonzept.

In einer ersten Reflexion bemerkten die SPD-Mitglieder sehr positiv, dass sich im Haushalt die von SPD und Grünen angestrebten Strategien für Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit wiederfinden. Hensel unterstreicht lobend die organisatorische Umstrukturierung der Verwaltung sowie die Schaffung des Amtes für Nachhaltigkeit und Klimaschutz: „Dies ist zukunftsorientiert und fußt unter anderem auch auf einem Antrag von SPD und Grünen zur umfassenden

Betrachtung aller Nachhaltigkeitsthemen. Hierbei werden die ökonomische, die soziale und die ökologische Nachhaltigkeit betrachtet.“

Ganz unter dem Blickwinkel der Landkreisentwicklung wird auch das Thema Digitalisierung gesehen, beschreibt die SPD-Fraktion. „Eine Glasfaseranbindung ist nicht nur Grundlage für den Landkreis als digitaler Dienstleister um den digitalen Bürgerservice, die Optimierung der Arbeit und Prozesse und die Ansiedlung von Digitalarbeitsplätzen zu fördern, sondern sollte als Querschnittsthema der nachhaltigen Gesamtentwicklung des Landkreises dienen“, so Falk Hensel.

Zur Beratung des Kommunalwahlprogramms trafen sich Mitglieder des SPD-Unterbezirks-

vorstands mit Fraktionsmitgliedern in digitalen Arbeitsgruppen und konnten sich bereits auf wichtige Schwerpunkte wie Bildung und Soziale Teilhabe als Eckpfeiler des Wahlprogramms verständigen. Die Ergebnisse der Beratungen werden in einem Programm formuliert und im April einem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt. Dann werden auch weitere Eckpfeiler bekanntgegeben: „Die SPD wird einen klaren Kurs einschlagen und dabei immer die Zukunft für eine soziale und inklusive Entwicklung im Blick haben“, bekräftigt Fraktionsvize und SPD-Unterbezirksvorsitzender Marcus Bosse.

Insgesamt resümiert Falk Hensel positiv: „Das war eine ausgesprochen erfolgreiche, konstruktive sowie motivierende Klausurtagung, bei der die SPD gezeigt hat, dass sie sehr digital ist.“

Zu Hause ist es am schönsten!



Ambulante Pflege · Tagespflege
Einzelbetreuung · Hausnotruf

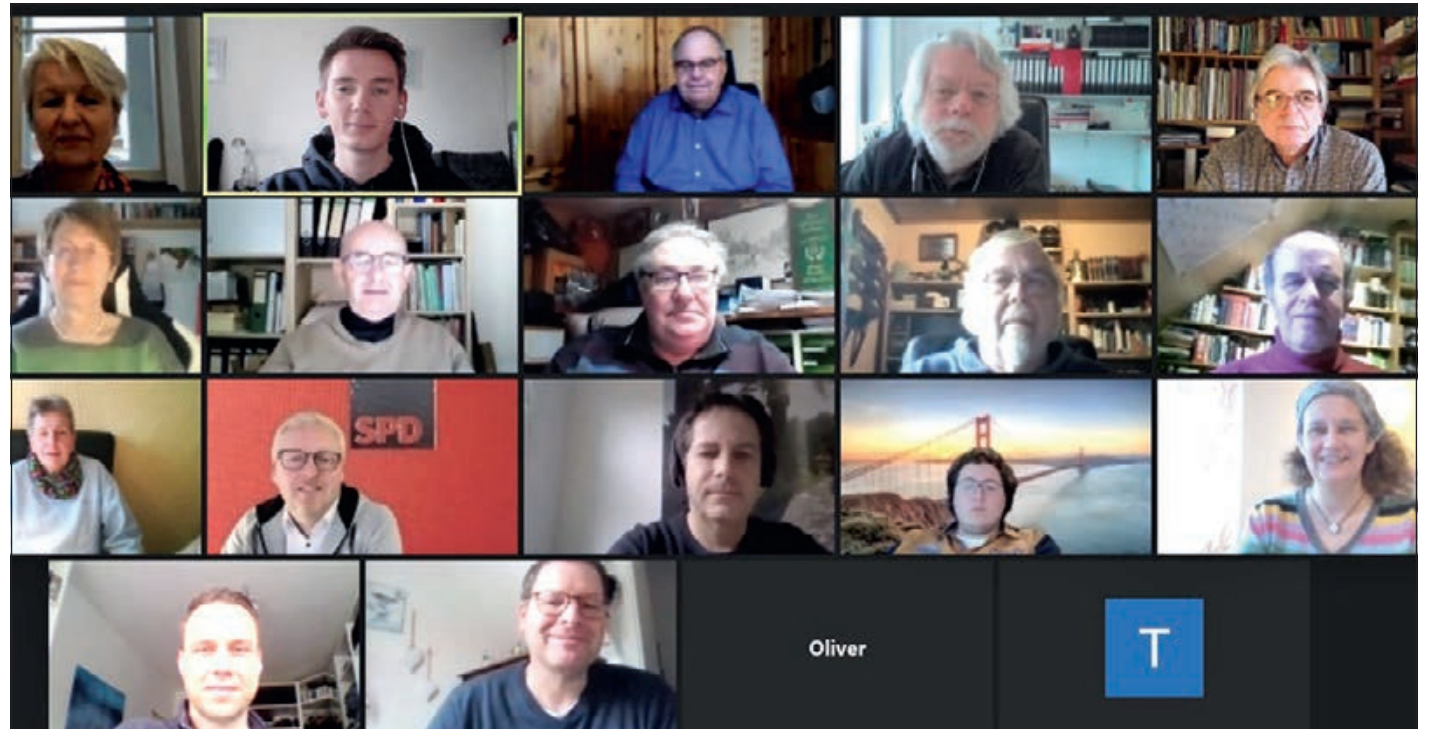


Sozialstation Wolfenbüttel Hauspflegeverein e.V.

Sozialstation Wolfenbüttel Hauspflegeverein e.V.
Kommilstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Telefon 05331 / 61330

Tagespflegehaus Neuer Weg
Neuer Weg 79
38302 Wolfenbüttel
Telefon 05331 / 7066

www.hauspflegeverein-wf.de



Screenshot vom Online-Meeting der SPD-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel bei ihrer Klausurtagung „Haushaltsberatung und Wahlprogramm“. Foto: privat